

on mit chinesischen Juristen und Akademikern über Rechtsstaat und dessen Reformen in China konnte Fischer auf Grund seiner verspäteten Anreise nicht wie geplant teilnehmen. (FAZ, 13.12.00) -kg-

9 Ungarn und China geben ihren Beziehungen eine neue Grundlage

Während eines zweitägigen Besuchs des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan in Budapest passten die beiden Staaten das Vertragswerk über die bilateralen Beziehungen aus dem Jahre 1959 den während der letzten zehn Jahre veränderten Bedingungen an. Bei dem ursprünglichen und bislang gültigen Vertrag über „Freundschaft und Zusammenarbeit“ handelte es sich um eine Vereinbarung zwischen sozialistischen Bruderländern, deren Grundlage in mehrfacher Hinsicht inzwischen sowohl in China, insbesondere aber in Ungarn nicht mehr gegeben ist. (SWB, 8.12.00)

In der nun von beiden Außenministern unterzeichneten Vereinbarung erklärt Ungarn, die territoriale Integrität Chinas zu respektieren und keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan aufnehmen zu wollen. (Ebd.) Im Gegenzug heißt es von chinesischer Seite in feiner Nuancierung, China erkenne an, dass Ungarn sich kraft seiner staatlichen Souveränität von dem ursprünglich eingeschlagenen Weg gelöst und einen neuen eingeschlagen habe. Weiterhin habe Beijing Verständnis für die Entscheidung des osteuropäischen Landes für einen Beitritt zur Europäischen Union, während es über Ungarns Mitgliedschaft in der Nato lediglich heißt, China nehme dies zur Kenntnis. (NZZ online, 8.12.00)

Weiterhin versichern sich beide Seiten in dem Vertragswerk des gegenseitigen Wunsches nach kontinuierlichem Dialog, persönlichen Kontakten und Zusammenarbeit auf allen Ebenen und zu allen Sachthemen. Hinsichtlich der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wollen beide Länder ihre Firmen auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien zu verstärkter Kooperation ermuntern. (Ebd.) Der ungarische Außenminister Janos Martonyi erklärte in diesem Zusammenhang, ungarische Investoren sollten

den Blick verstärkt auf China richten. Daher werde eine Marktforschungsdelegation demnächst nach Asien aufbrechen und auch China besuchen. (SWB, 8.12.00)

Die zwischen der VR China und Ungarn bestehenden Meinungsdivergenzen z.B. in Fragen der Menschenrechte oder hinsichtlich unterschiedlicher Herangehensweise beider Staaten an gesellschaftliche und ökonomische Fragen sollen nach dem erklärten Willen der Vertragsparteien den Aufbau einer konstruktiven Partnerschaft nicht beeinträchtigen. (Ebd.; NZZ online, 8.12.00)

Trotz der Betonung der Wichtigkeit persönlicher Kontakte in der neuen zwischenstaatlichen Vereinbarung denkt Ungarn offenbar derzeit keineswegs an die Wiedereinführung der Visafreiheit für chinesische Staatsbürger. (NZZ online, 8.12.00) Der entscheidende Grund ist die große Zahl bereits heute in Ungarn lebender Chinesen, die legal meist aus Zhejiang oder auch Fujian als Händler einreisen, sowie insbesondere die in letzter Zeit deutlich wachsende illegale Zuwanderung aus den südostchinesischen Küstenprovinzen. -kg-

10 „Angriff des britischen Parlaments auf Chinas Ambitionen für Olympia“

Der parteiübergreifende Außenpolitische Ausschuss des britischen Unterhauses legte Ende November einen Bericht vor, in dem er zu dem Schluss kam, die Menschenrechtslage in der Volksrepublik China habe sich im Verlaufe der vergangenen zwei Jahre deutlich verschlechtert. Großbritannien solle daher seine Haltung gegenüber China überprüfen und gemeinsam mit den anderen Staaten der Europäischen Union eine härtere Gangart einlegen. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung in China sei eine Vergabe der Olympischen Spiele 2008 an China „unangebracht“. (FBIS, 29.11.00)

Zhang Qiyue, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, wies die Vorwürfe der britischen Parlamentarier umgehend als völlig inakzeptabel zurück. Jede Handlung, die die VR China in ihrem Bemühen um die Ausrichtung der Olympischen Spie-

le 2008 diskriminiere oder behindere, widerspreche dem olympischen Geist und werde keinen Erfolg haben. (AFP Hongkong, 30.11.00, nach FBIS, 30.11.00)

Während Zhang Qiyue die seit 1997 stattgefundenen Runden des britisch-chinesischen Menschenrechtsdialogs als förderlich für das gegenseitige Verstehen bezeichnete und von fruchtbaren Ergebnissen sprach, (FBIS, 30.11.00) hieß es seitens des britischen Parlamentsausschusses, die so genannte „ethische“ Außenpolitik der britischen Regierung mit ihrer Strategie des Dialogs über Menschenrechte habe bislang erwähnenswerte Ergebnisse erbracht. (FBIS, 29.11.00)

Im Besonderen kritisierte der Ausschussbericht, China sei eines der wenigen Länder, in denen es institutionalisierte Menschenrechtsverletzungen gebe und ein nicht vertretbares Maß an Überwachung herrsche. Erbstößten zeigten sich die Mitglieder des Ausschusses auch über die Tatsache, dass die chinesischen Behörden während eines Chinabesuches der Parlamentarier in diesem Jahr das Zusammentreffen mit chinesischen Menschenrechtsaktivisten erfolgreich verhindert hatten. (Ebd.)

Das britische Außenministerium bestätigte in einer Stellungnahme zu dem Bericht, es handele sich dabei um eine ernsthafte und sorgfältige Analyse der Situation in China und der britischen Chinapolitik. Die mit deutlichen und drastischen Worten formulierte Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in dem Bericht wurde ausdrücklich begrüßt. (Ebd.) -kg-

Innenpolitik

11 Absetzung des Justizministers Gao Changli aus bislang ungeklärten Gründen

Anfang Dezember wurde bekannt, dass Justizminister Gao Changli Ende November sein Amt verlassen hat. Die Gründe dafür sind bislang nicht eindeutig geklärt. Nachfolger Gaos ist

der bisherige stellvertretende Parteisekretär der Stadt Beijing Zhang Fusen.

Während Angehörige des Ministeriums gegenüber Journalisten von „wirtschaftlichen Unregelmäßigkeiten“ gesprochen haben, wegen derer Gao aus seinem Amt entfernt worden sei, blieben die offiziellen Medien bis Ende Dezember dabei, dass er sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt habe. Die Amtszeit des 63-jährigen Gao wäre regulär erst im Frühjahr 2003 abgelaufen (ASWJ, 1.12.00; HB, 2.12.00; SCMP, 5., 28.12.00; FT, 5., 29.12.00).

Gao Changli soll seit Anfang Dezember in einem Hotel nördlich von Beijing festgehalten werden, wo er laufenden Verhören unterzogen wird. Ausgehend von verschiedenen Äußerungen aus informierten Beijinger und Hongkonger Kreisen kursieren in den internationalen Medien mehrere Spekulationen über die Hintergründe seiner Absetzung.

So wird vermutet, dass Gao den intensivierten Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zum Opfer gefallen ist, die die zentrale Führung im vergangenen Jahr zunehmend auch gegen hochrangige Funktionäre ergriffen hat. Während seiner Amtszeit als Justizminister in Beijing soll sich Gao Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von ministeriumseigenen Wohnungen und andere finanzielle Bevorteilungen ihm nahe stehender Personen zu Schulden haben kommen lassen. Hinweise an die Zentrale Disziplin-Kommission der Partei seien von seiner Frau gekommen, die ein Scheidungswunsch von seiner Seite gegen ihn aufgebracht habe.

Andere Stimmen vermuten, dass Gao Changli sich vor seinem Antritt als Justizminister in Beijing korrupter Aktivitäten schuldig gemacht habe. Gao war im Jahr 1988 von seinem bis dahin innegehaltenen Amt eines Funktionärs auf Kreisebene in der Provinz Shandong zum stellvertretenden Parteisekretär derselben Provinz befördert worden. 1993 wurde er zum stellvertretenden Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofs in Beijing ernannt, bevor er 1998 unter Ministerpräsident Zhu Rongji mit dem Amt des Justizministers betraut wurde. Insbesondere seine Amtszeit in der Provinz Shandong soll nun Gegenstand der von der Zentralen Disziplin-

kontrollkommission eingeleiteten Untersuchungen sein.

Wieder andere Vermutungen lauten, dass Gao Changli wegen seiner mangelnden Bereitschaft zu durchgreifenden Reformen des Justizsystems abgesetzt worden sei. Dem in den letzten Jahren stark angewachsenen Reformdruck im Justizbereich sei Gao nur mit halbherzigen Maßnahmen begegnet. Nach Meinung von chinesischen Rechtsexperten sei es ihm seit seinem Amtsantritt nicht gelungen, substanzielle Schritte in Richtung eines unabhängigeren und transparenteren Gerichtswesens einzuleiten. Die umfassende Anpassung des nationalen Rechts an internationale Regelwerke und Abkommen, die durch den bevorstehenden Beitritt der VR China zur Welthandelsorganisation nötig geworden sind, sei von ihm nicht mit der nötigen Entschlossenheit angegangen worden. Vor diesem Hintergrund seien Bedenken, wonach die Absetzung Gaos eine Verlangsamung der Reformen im Justizbereich signalisieren könnte, zu zerstreuen.

Schließlich spekulieren einige Beobachter, dass Gao Changli sich mit Mitgliedern der Führungselite überworfen habe. Als potenzielle persönliche Gegner, die seine Absetzung gefördert haben könnten, werden Staatspräsident Jiang Zemin, der Chef der Sicherheitskräfte Luo Gan und Gaos Nachfolger im Amt des Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofs, Xiao Yang, genannt. Die drei sollen sich wegen seiner Verfehlungen im Kampf gegen die verbreitete Korruption in chinesischen Gerichten und Gefängnissen und seines mangelnden Reformwillens gegen ihn gewandt haben.

Als Nachfolger im Amt des Justizministers wurde der bisherige stellvertretende Parteisekretär der Stadt Beijing, der 60-jährige Zhang Fusen, identifiziert. Im Gegensatz zu Gao, der seine berufliche Karriere in der Provinz begonnen hatte, liegen die Anfänge der Karriere Zhangs in der Hauptstadt. Zhang Fusen verbrachte zwei Jahrzehnte in verschiedenen Partei- und Regierungsämtern, bevor er 1990 zum stellvertretenden Parteisekretär der Autonomen Region Xinjiang ernannt wurde. Seit 1997 wurde er nach Beijing zurückberufen und wird seit-

her als potenzieller zukünftiger Bürgermeister der Stadt gehandelt.

Gao Changli ist der zweite Minister, der das 1998 unter Zhu Rongji neu gebildete Kabinett verlässt. Ende 1998 war Niu Maosheng, Minister für Wasserwirtschaft, wegen der Vertreibung von Geldern zur Flutkontrolle auf das Amt eines Provinzgouverneurs versetzt worden.

Angesichts der internationalen Aufmerksamkeit und der hohen Erwartungen, die im Zuge der Vorbereitungen Chinas auf den WTO-Beitritt auf das Justizsystem gerichtet sind, erscheint es politisch ungeschickt, den Wechsel im höchsten Amt in diesem Bereich unter so undurchsichtigen Umständen zu vollziehen. Träfe die Vermutung zu, dass Gao wegen mangelnder Reformbereitschaft abgesetzt worden sei, so hätte diese Ablösung eine positivere und stärker pro-aktive offizielle Mediendarstellung nach außen erwarten lassen. Daher liegt die Vermutung näher, dass sich hinter seiner Absetzung ein weiterer schwerwiegender Korruptionsverdacht verbirgt. -hol-

12 Weitere Verwicklungen im Xiamener Schmuggelskandal

Im Dezember sind weitere Verwicklungen im Xiamener Schmuggelskandal bekannt geworden.

Nachdem Lai Changxing, der „Kopf“ der als Hautaktionsbasis des Schmuggelringes identifizierten Farewell (Yuanhua)-Unternehmensgruppe, gemeinsam mit seiner Frau Ende November in Kanada von dortigen Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen wurde, kursieren inzwischen zahlreiche Details über seine vergangenen Aktivitäten in der Provinz Fujian und in Hongkong. Von Kanada aus, wo Lai Schutz als politischer Flüchtling beantragt hat, gab er Anfang Dezember eine ausführliche Erklärung ab, die in der Hongkonger *South China Morning Post* veröffentlicht wurde (SCMP, 1.12.00).

In dieser Erklärung legte der 1958 als Sohn einer Fujianer Bauernfamilie geborene Lai Changxing dar, dass er nach Beginn der wirtschaftlichen Liberalisierung auf Grund beträchtlicher geschäftlicher Erfolge in verschiedenen

Branchen, die Aufmerksamkeit ranghoher Funktionäre in seiner Heimatprovinz Fujian auf sich gezogen habe. Diese hätten ihm 1991 ermöglicht, sein Geschäft nach Hongkong auszuweiten; mittels Immobilienspekulation habe er dort die Grundlagen für das 1993 gegründete Farewell-Konglomerat geschaffen. Nachdem er anlässlich der Rückgabe Hongkongs an China 1997 von Seiten der taiwanesischen Guomindang um geheimdienstliche Unterstützung angegangen worden sei, habe er kurz darauf von Beijing das Angebot erhalten, im Sinn einer Gegenspionage für die VR tätig zu werden und Informationen über geheimdienstliche und militärische Aktivitäten Taiwans bereitzustellen. Zu diesem Zweck sei er mit einem offiziellen Kaderrang bekleidet und mit zahlreichen Privilegien ausgestattet worden.

Ende 1997 sei er in Konflikt mit Vertretern des Beijinger Ministeriums für Öffentliche Sicherheit geraten. Diese hätten - im Zuge eines politischen Machtkampfes innerhalb des Ministeriums - von Lai verlangt, den ehemaligen früheren stellvertretenden Minister für Öffentliche Sicherheit, Li Jizhou, der mit ihm in einem freundschaftlichen Verhältnis gestanden habe, durch fingierte Aussagen zu belasten. Indem Lai Changxing sich mehrfach geweigert habe, gegen Li Jizhou auszusagen, habe er den Ärger der Beijinger Vertreter auf sich gezogen, die daraufhin einen Vergeltungsschlag gegen seine Unternehmensgruppe eingeleitet hätten. Von einem Bekannten aus der Hongkonger Einwanderungsbehörde (Leung Kam-kwong, just der Sicherheitsbeamte, der bei einem Anschlag auf den Hongkonger Immigration Tower im August 2000 ums Leben gekommen ist, vgl. C.a., 2000/8, S.913) habe er Mitte August rechtzeitig einen Hinweis über seine geplante Verhaftung erhalten sowie den Rat, sich nach Kanada abzusetzen.

Mit seiner Familie wohlbehalten in Kanada eingetroffen, habe er sich zunächst bemüht, mit inoffiziellen chinesischen Vermittlern Bedingungen für die Beilegung des politischen Konfliktes auszuhandeln; erst als er erkannt habe, dass auf von deren Seite gemacht Zusagen kein Verlass sein könne, habe er sich an die kanadischen Behörden gewandt und dort politischen

Schutz beantragt. Lai begründet die Antragstellung damit, auf Grund seiner geheimdienstlichen Involvierung bei einer Rückkehr nach China aus politischen Gründen mit der Verhängung eines Todesurteils rechnen zu müssen (ebenda).

Lai Changxings eigene Version wird durch die Darstellung eines Buches über seine Person konterkariert, das auf der Basis von Informationen aus Beijinger Kreisen ebenfalls in Hongkong erschienen ist. In dem Buch mit dem Titel *Si xiao* (engl.: „Fierce Smuggler“) des Autoren Huang Jie wird Lai als verschlagener Emporkömmling geschildert, der es bereits früh in seiner geschäftlichen Karriere verstand, ranghohe Funktionäre aus Partei, Regierung, Armee, Polizei, Banken und Zollbehörden mittels Bestechung auf seine Seite zu ziehen und unter deren Schutz seit 1993 ein mächtiges Schmuggelimperium aufzubauen (SCMP, 1.12.00).

Angesichts der intransparenten Informationslage ist es unmöglich zu ermessen, was an den beiden jeweils klar interessegeleiteten Versionen der Wirklichkeit entspricht, bzw. fingiert ist. Jedoch geben beide Darstellungen weit reichende Verwicklungen ranghoher Funktionäre in der Provinz Fujian und in Beijing zu erkennen. Vor diesem Hintergrund ist die von verschiedenen Seiten formulierte Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass, während die kanadische Regierung angeblich einer Auslieferung Lai Changxings an die VR China zuneigt, die chinesische Führung an einer solchen Auslieferung tatsächlich nicht interessiert ist; denn bei einer strafrechtlichen Verfolgung Lais in China stünde zu befürchten, dass durch seine Aussagen immer noch weitere personelle Verwicklungen bekannt werden könnten (SCMP, 1., 2., 9.12.00; *Sing Tao Jih Pao*, 5.12.00, nach SWB, 7.12.00).

Inzwischen soll die zweite Runde an Strafverfahren im Xiamener Schmuggelkandal gegen mehr als 200 Personen, darunter zahlreiche Vertreter aus lokalen Regierungsbehörden, eröffnet worden sein, nachdem die Urteile der ersten Prozessrunde im November bekannt gegeben worden waren (vgl. C.a., 2000/11, Ü 13). In der Provinz sollen überdies mehr als 10.000 Funktionäre auf Kreisebene überprüft wer-

den. Unter anderen soll der stellvertretende Bürgermeister von Xiamen, Su Shuili, verhaftet und angeklagt worden sein. Auch soll der Parteisekretär der Provinz Fujian, Chen Mingyi (in diesem Amt seit 1996, zuvor Provinzgouverneur Fujians), wegen seiner politischen Verantwortung aus seinem Amt entlassen und disziplinarischen Strafmaßnahmen unterzogen worden sein (SCMP, 1., 2., 9.12.00; *Sing Tao Jih Pao*, 1.12.00, nach SWB, 4.12.00).

Auf zentraler Ebene wurde schließlich bestätigt, dass der frühere Chef des chinesischen Militärgeheimdienstes, General Ji Shengde, wegen Korruption zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Ihm werden ebenso enge Kontakte zu Lai Changxing nachgesagt wie dem bereits oben genannten früheren stellvertretenden Minister für Öffentliche Sicherheit, Li Jizhou. Dieser soll sich seit Anfang Dezember vor einem Beijinger Gericht verantworten, das ihn wegen Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 8 Mio. Yuan angeklagt hat, darunter 500.000 Yuan von Lai Changxing (IHT, 23./24.12.00; *Sing Tao Jih Pao*, 4.12.00, nach SWB, 7.12.00).

An der offiziellen Medienberichterstattung über die verschiedenen Korruptionsvorwürfe wird das Dilemma deutlich, in dem sich die Beijinger Führung befindet: Während einige Fälle sehr detailliert in der Öffentlichkeit dargestellt werden, um die Durchschlagskraft der staatlichen Korruptionsbekämpfung zu demonstrieren, werden andere Fälle mit äußerster Diskretion behandelt, um zu empfindliche Einbußen der staatlichen Autorität zu vermeiden. -hol-

13 Verurteilung zwei weiterer Mitglieder der Demokratischen Partei

Anfang Dezember wurden zwei weitere Mitglieder der zerschlagenen Demokratischen Partei zu Haftstrafen verurteilt.

Ein Gericht in Anshan in der nordostchinesischen Provinz Liaoning verurteilte Wang Zechen wegen Subversion der Staatsmacht zu sechs und Wang Wenjiang, einen Rechtsanwalt, zu vier Jahren Haft. Beide wurden als Organisatoren der im Sommer 1998 gegründeten und kurz darauf zerschla-

genen Demokratischen Partei identifiziert (vgl. C.a., 1998/11, Ü 8, 2000/7, Ü 14).

Die Verurteilung der beiden Personen bringt die Gesamtzahl mit Haftstrafen belegter Angehöriger der Demokratischen Partei auf dreißig.

Die internationale Presse erkennt in der fortgesetzten Verfolgung von demokratischen Kräften den Versuch der chinesischen Führung, vor der intensivierte Öffnung des Landes nach außen im Zuge des bevorstehenden Beitritts zur Welthandelsorganisation alle Faktoren einer potenziellen Gefährdung der innenpolitischen Stabilität zu beseitigen (IHT, 7.12.00). -hol-

14 Forderungen nach unabhängiger Gewerkschaft in der Provinz Jiangsu

In der Küstenprovinz Jiangsu sind Forderungen von Arbeitnehmern nach einer autonomen Vertretung ihrer Interessen durch eine unabhängig gewählte Gewerkschaft laut geworden. Anhaltende Proteste von mehreren hundert Arbeitern einer Seidenfabrik im Kreis Funing im Verwaltungsgebiet der Stadt Yancheng, die auch die Aufmerksamkeit internationaler Medien auf sich gezogen haben, haben während der ersten Dezemberhälfte zu wachsender Konfrontation mit den staatlichen Behörden geführt (IHT, 15.12.00; AFP, 17.12.00, nach CND, 20.12.00).

Bereits im November hatte der 47-jährige Cao Maobin, ein seit 17 Jahren in der Fabrik tätiger Elektriker, als Sprecher einer Gruppe von über 300 Arbeitnehmern öffentlich gefordert, die von Seiten der Partei eingesetzte Gewerkschaft durch eine aus den Reihen der Arbeiter gewählte Gewerkschaft zu ersetzen. Diese solle frei von Eingriffen parteistaatlicher Akteure von Arbeitern geführt und eine autonome Vertretung der Arbeitnehmerinteressen leisten. Cao, der sich mehreren westlichen Journalisten als Interviewpartner zur Verfügung stellte, bemühte sich zu betonen, dass diese Forderung sich ganz an den rechtlichen Vorgaben und am „Geist“ der Reden Jiang Zemins orientiere und keineswegs darauf abziele, die Herrschaft der Kommunistischen Partei zu untergraben. Ziel sei es einzig zu errei-

chen, dass die Arbeitnehmerinteressen effektiver vertreten würden (IHT, 15.12.00).

Nach Angaben der in New York stationierten Organisation China Labor Watch soll Cao Maobin Mitte Dezember in eine psychiatrische Anstalt verbracht worden sein, nachdem er Ende November versucht hatte, eine unabhängige Gewerkschaft registrieren zu lassen. Caos Kollegen forderten daraufhin in Protesten seine Freilassung, allerdings ohne Erfolg. Der weitere Verbleib von Cao ist nicht bekannt (AFP, 17.12.00, nach CND, 20.12.00).

Alle Gewerkschaften in der VR China unterstehen bislang der Kontrolle durch die Partei. Gewerkschaften können nur legal operieren, wenn sie innerhalb des All-Chinesischen Gewerkschaftsbundes registriert sind, der gegenwärtig rund 120 Mio. Mitglieder vertritt (XNA, 15.12.00). Zwar ist die Aufgabe dieser offiziellen Gewerkschaften in der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen definiert, doch sorgt die Partei mittels ihres personalpolitischen Einflusses auf die Besetzung der Gewerkschaften dafür, dass diese Interessenvertretung nicht in Konflikt mit ihren eigenen Interessen gerät. Forderungen nach einer Einrichtung unabhängiger Gewerkschaften - wie sie auch in der von der VR China unterzeichneten Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte formuliert sind (vgl. C.a., 2000/10, Ü 18) - werden von der parteistaatlichen Führung als massive Herausforderung ihres Kontrollmonopols wahrgenommen. -hol-

15 Neue ideologische Kampagne an der ländlichen Basis eingeläutet

Anfang Dezember wurde offiziell der Start einer vom Zentralkomitee der Partei beschlossenen neuen landesweiten ideologischen Kampagne an der ländlichen Basis ausgerufen.

Die Kampagne wurde anlässlich einer nationalen Konferenz zur Verbreitung der von Jiang Zemin im Frühjahr 2000 formulierten so genannten „Drei Repräsentationen“ (Repräsentation der fortgeschrittenen Produktivkräfte, der fortgeschrittenen chinesischen Kultur und der fundamentalen Interessen der Volkes durch die KPCh;

vgl. C.a., 2000/4, Ü 14) eingeläutet, die vom 3. bis 5. Dezember in Chengdu, in der südwestchinesischen Provinz Sichuan abgehalten worden ist.

Die große Bedeutung, die dieser Kampagne von der Parteiführung zugemessen wird, wird durch Reden mehrerer hochrangiger Politiker auf der Konferenz unterstrichen. Zu den Rednern gehörten Hu Jintao, derzeit stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission, stellvertretender Staatspräsident und designierter Nachfolger Jiang Zemins im Amt des KPCh-Generalsekretärs, Wen Jiabao, stellvertretender Ministerpräsident des Staatsrats und möglicher Nachfolger Zhu Rongjis im Amt des Ministerpräsidenten, sowie Zeng Qinghong, Leiter der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Partei und „rechte Hand“ Jiang Zemins, der ebenfalls als möglicher Nachfolger Jiang Zemins gehandelt wird (zu diesen Personen vgl. C.a., 2000/11, S.1287-1295). Die offiziellen Medien schenken dem Ereignis große Aufmerksamkeit (RMRB, 3., 4., 5., 6.12.00).

Wie bekannt gegeben worden ist, soll die Kampagne zum „Studium und zur Erziehung in den 'Drei Repräsentationen'“ während der kommenden zwei Jahre landesweit von der Kreisebene abwärts („in allen Abteilungen der Kreis- (Stadt-)ebene, in Führungsgremien auf Gemeinde- / Landstadtebene, Dorfebene sowie unter allen Kadern an der Basis“, *xian (shi) bumen, xiangzhen, cun lingdao banzi he jiceng ganbu*) durchgeführt werden. Mittels eines so genannten „Verantwortungssystems“ für lokale Führungskader wurde den Parteikomitees von der Provinzebene abwärts die Verantwortung für die ordentliche Implementierung der Kampagne übertragen. Die Kampagne soll unter der einheitlichen Führung des Zentralkomitees in enger Abstimmung mit den für Organisationswesen, Propaganda, Landwirtschaft, Finanzen, Erziehung und Publikationswesen zuständigen Abteilungen, den Regierungsbehörden auf den verschiedenen Ebenen, dem Kommunistischen Jugendverband, dem Frauenverband und der Vereinigung für Wissenschaft und Technologie durchgeführt werden (XNA, 5.12.00).

Wen Jiabao benannte in seiner Rede fünf Ziele, die durch die Kampagne erreicht werden sollten:

1. Stärkung der Rolle der Landwirtschaft als Fundament der Volkswirtschaft zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung des Landes;
2. Readjustierung der Agrarstrukturen und der ländlichen Wirtschaft sowie die Steigerung der bäuerlichen Einkommen;
3. Vorantreiben von Reformen im Bereich der Erhebung von Steuern und Gebühren in ländlichen Gebieten sowie die Reduktion der finanziellen Belastung der Bauern;
4. Abbau der Armut sowie Neuansiedlungsmaßnahmen in Katastrophengebieten;
5. Stärkung der geistigen Zivilisation in den ländlichen Gebieten und Wahrung der Stabilität in der ländlichen Gesellschaft (XNA, 5.12.00).

Wie ein Leitkommentar der *Volkszeitung* explizit ausführt, sollen durch die Kampagne mehrere Widersprüche und Probleme behoben werden. Dazu gehören die „irrationale“ Struktur der Landwirtschaft und der ländlichen Industrie, die Verlangsamung der Einkommenszuwächse der Bauern, die gravierende finanzielle Belastung der Bauern (durch den zunehmend beklagten Wildwuchs an formell und informell erhobenen Steuern, Abgaben und Gebühren, d.A.) sowie die mangelnde fachliche und ideologische Qualifikation der Kader an der ländlichen Basis (RMRB, 6.12.00).

Implizit dürfte die Parteiführung mit der nun eingeläuteten Kampagne vor allem auch das Ziel verfolgen, dem seit Beginn der neunziger Jahre konstatierten Problem schwindenden Einflusses und abnehmender Kontrolle der Partei über die ländlichen Regionen wirkungsvoller zu begegnen. Durch die ideologische Disziplinierung der ländlichen Kader, die Konsolidierung der Basisorganisationen der Partei auf dem Land und die Implementierung des 1987 verabschiedeten Organisationsgesetzes für Dorfkomitees, soll offenbar der so genannten „Paralyse“ zahlreicher Lokalen, also des Verlusts der administrativen Kontrolle über ganze Dörfer, entgegengewirkt

werden. Auch der bevorstehende Beitritt der VR China zur Welthandelsorganisation, durch den mit einer erheblichen Intensivierung des Wettbewerbsdrucks im Agrarbereich zu rechnen ist, dürfte den Handlungsdruck im ländlichen Bereich verstärkt haben.

16 Nationale Arbeitskonferenz zur Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei

Anfang Dezember fand in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz zur Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei statt. Die Konferenz erhielt durch eine ausführliche Berichterstattung in den offiziellen Medien besondere Aufmerksamkeit. Ein großes politisches Gewicht kam ihr durch die Tatsache zu, dass sie als Einzige Konferenz vor dem Jahreswechsel durch eine lange Rede von Staatspräsident und KP-Generalsekretär Jiang Zemin eingeleitet wurde (XNA, 3., 4., 6.12.00; RMRB, 4.12.00; SCMP, 9.12.00).

Als Einheitsfrontpolitik lässt sich die Gesamtheit der politischen Strategien umschreiben, mit denen die Kommunistische Partei Chinas seit ihrer Gründung im Jahr 1921 sich mit Gruppen außerhalb der Reihen der Partei verbündete, bzw. diese zu kooptieren versuchte, um ihre revolutionären Ziele besser zu erreichen. Seit Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949, mit der die KPCh die Macht übernahm, sind diese kooptierten Gruppen - Intellektuelle, Unternehmer, Überseechinesen, religiöse Führer und andere einflussreiche Personenkreise - in Form der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes zusammengefasst. In diese entsenden die so genannten „acht demokratischen Parteien“ sowie andere von der Einheitsfrontabteilung des Zentralkomitees der Partei beaufsichtigten Interessengruppen Abgeordnete auf den verschiedenen administrativen Ebenen (zur politischen Bedeutung dieser Institution vgl. C.a., 2000/3, Ü 15).

Die Politische Konsultativkonferenz genießt als ein rein beratendes Organ ohne direkten politischen Einfluss allgemein zwar ein sehr bescheidenes Image. Dennoch wird ihre Einberu-

fung zum Zweck einer nationalen Arbeitskonferenz zur Einheitsfrontpolitik, wie nun im Dezember geschehen, als wichtiges Signal für die Vorbereitung auf bedeutsame politische Kurswechsel betrachtet, auf die es alle einflussreichen Gruppen der Bevölkerung einzuschwören gilt.

Zuletzt war im Jahr 1993 eine vergleichbare Konferenz einberufen worden; damals stand die Rückkehr zu einem umfassenden wirtschaftlichen Liberalisierungskurs auf der Tagesordnung, die mit der berühmten Reise Deng Xiaopings in den Süden eingeleitet worden war. Hongkonger Kommentatoren vermuten, dass dieses Mal gleich mehrere zukunftssträchtige Themen im Vordergrund stehen: Dazu gehören der bevorstehende Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation und der Aufbau einer Informationsgesellschaft in China, das groß angelegte Programm zur Entwicklung Westchinas, die Wiedervereinigung mit Taiwan und der anstehende Wechsel von der dritten auf die vierte Führungsgeneration (SCMP, 9.12.00).

Die offizielle Medienberichterstattung und die Rede Jiang Zemin (Leitartikel und ausführliche Kommentare in der *Volkszeitung*) zeichnen sich durch eine stark patriotische Emphase aus. Mehrfach wird betont, dass alle Bevölkerungsgruppen in China als auch die Überseechinesen zur „größten patriotischen Einheitsfront aller Zeiten“ zusammengeschlossen werden müssten, um mit vereinten Kräften den großen Herausforderungen im neuen Jahrhundert zu begegnen - genannt werden die Modernisierung des Landes, die Wiedervereinigung mit Taiwan sowie die Förderung des Weltfriedens und der gemeinsamen Entwicklung (RMRB, 4.12.00).

Die Einheitsfrontpolitik habe in der Vergangenheit ihre Überlegenheit als „magische Waffe“ der Partei erwiesen und werde auch in Zukunft verfolgt werden, um die bevorstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Das bestehende System der Volkskongresse, das System der Zusammenarbeit mit den „demokratischen Parteien“ unter der Führung der KPCh und das System der regionalen Autonomie in Gebieten mit „nationalen (ethnischen) Minderheiten“ hätten sich als Garanten der sozialen und politischen

Stabilität des Landes bewährt und dürften deshalb keinesfalls aufgegeben werden. Nicht die Konfrontation mit oppositionellen Parteikräften wie in westlichen Demokratien, sondern Konsultation und konstruktive Einbindung fachlicher Expertise aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sollten das politische System der VR China prägen (ebenda).

Innerhalb dieser konservativen Rhetorik erscheint als bemerkenswert, dass der so genannte „nichtöffentliche Sektor“ der Wirtschaft in der Rede Jiang Zemin eine explizite Aufwertung erfuhr. Der nichtöffentliche Sektor, also die privatisierten Teile des ehemaligen staatlichen Wirtschaftssektors und die Gruppe neu etablierter privater Unternehmen, war zwar bereits im März 1999 durch einen Verfassungszusatz von einem „ergänzenden“ zu einem „wichtigen Bestandteil“ der sozialistischen Marktwirtschaft aufgewertet worden (vgl. C.a., 1999/3, S.267-269); ideologische Vorbehalte gegen die private Wirtschaft sind aber dennoch weit verbreitet. Jiang Zemin sprach nun davon, dass dieser Sektor eine „positive Rolle bei der Befriedigung der diversifizierten Bedürfnisse der Bevölkerung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Entwicklung der Volkswirtschaft“ spiele; die materiellen Gewinne, die der neuen Gruppe privater Unternehmer dabei zuflossen, bezeichnete er als rechtmäßig und ruhmreich. Auch in Zukunft solle diese Gruppe durch einen „gesunden“ Ausbau zur wirtschaftlichen Entwicklung des Vaterlandes beitragen (ebenda).

Die nationale Arbeitskonferenz bot damit zugleich ein weiteres prominentes Forum für Jiang Zemin, um sich als ebenbürtigen theoretischen Denker nach Mao Zedong und Deng Xiaoping zu profilieren. Die Einbeziehung privater Unternehmer in das Spektrum politisch „hoffähiger“ gesellschaftlicher Gruppen könnte ein Kernelement der noch zu kanonisierenden „Jiang-Zemin-Ideen“ bilden. -hol-

17 Großbrand in Luoyang - Proteste gegen mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen

Ein Großbrand in der Altstadt Luoyangs (Provinz Henan) hat in der

Nacht vom 25. auf den 26. Dezember über 300 Menschenleben gefordert.

Das Feuer war in einem mehrstöckigen Einkaufs- und Vergnügungszentrum ausgebrochen und hatte im obersten Stockwerk des Gebäudes, in dem eine Diskothek untergebracht war, zu heftiger Rauchentwicklung geführt. Die Mehrzahl der Gäste des Lokals erstickte, da die Fluchtwege nicht zugänglich waren und die Feuerwehr zu einer zügigen Löschung des Brandes in dem Rauch nicht in der Lage war.

Nach Polizeiberichten wurde der Brand durch Bauarbeiten in einem der unteren Stockwerke des Gebäudes ausgelöst. Die Bauarbeiter seien, ohne die Personen im Gebäude zu alarmieren, aus dem Gebäude geflohen, nachdem sie des Feuers nicht mächtig geworden seien. Zwanzig Personen sollen unter polizeiliche Überwachung gestellt worden sein. Im staatlichen Fernsehen hat Ministerpräsident Zhu Rongji eine strenge Bestrafung der für die Brandkatastrophe Verantwortlichen gefordert; auch Staatspräsident Jiang Zemin soll persönlich zügige Ermittlungen verlangt haben.

Der Großbrand erscheint in einer langen Serie von Brandkatastrophen und Unfällen in China, die auf eine notorische Vernachlässigung von Sicherheitsstandards zurückzuführen sind. In dem unter der Leitung der taiwanesischen Supermarktkette Dennis stehenden Luoyanger Einkaufszentrum waren die Feuerschutzanlagen defekt bzw. entfernt und die Notausgänge versperrt. Dem Besitzer der Diskothek war nach wiederholten Beanstandungen der Sicherheitsvorkehrungen wenige Tage vor dem Brand die Geschäftslizenz entzogen worden; zum Zeitpunkt des Brandes führte er das Lokal damit illegal.

Nach offiziellen Angaben verfügte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit am Tag nach der Katastrophe eine Eilverordnung, wonach landesweit alle Diskotheken ohne Lizenz oder Feuer-einrichtungen unverzüglich zu schließen seien. Ferner wurde eine Überprüfung der Feuerschutzeinrichtungen in Hotels, Einkaufszentren, Schulen und Krankenhäusern angeordnet.

Ungeachtet der ergriffenen Maßnahmen protestierten am 28. Dezember mehrere hundert Personen in Luoyang

gegen die mangelnden Anstrengungen der Behörden im Bereich der Sicherheit in öffentlichen Gebäuden und forderten die Bestrafung der Verantwortlichen. Im Zuge der Proteste soll es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen sein (FAZ, 27., 28., 29.12.00; FT, 28.12.00; NZZ, 29.12.00).

Die VR China hat seit langen Jahren mit dem Problem mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen zu kämpfen. Während bis in die frühen achtziger Jahre hinein die Berichterstattung über lokale Katastrophen und Unfälle strikten Zensurbestimmungen unterstand, hat die inzwischen zugelassene ansatzweise Pluralisierung des Mediensektors zunehmend dazu geführt, dass lokale Katastrophen binnen kürzester Zeit landesweit, bzw., wie in diesem schwerwiegenden Fall, auch international bekannt werden. Die staatlichen Autoritäten sind damit einem deutlich höheren Rechtfertigungs- und Handlungsdruck ausgesetzt, dem sie aber kaum angemessen zu begegnen in der Lage sind. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 „Projekt 211“ erfolgreich auf den Weg gebracht

Wie von Seiten des Bildungsministeriums verlautete, weist ein Schwerpunktprojekt im Rahmen des 9. Fünfjahrplans (1996-2000), das sog. „Projekt 211“, beachtliche Erfolge auf. Ziel dieses Projekts ist es, rund 100 Universitäten oder Fachbereiche besonders zu fördern, damit sie im 21. Jahrhundert eine Spitzenfunktion in der Welt einnehmen. Derzeit sind 96 Hochschulen in das Projekt aufgenommen worden; sie gelten schon jetzt als wichtigste Spitzeninstitutionen für die Ausbildung hochqualifizierter und innovativer Fachleute und für wissenschaftliche Forschung. Bis zum Jahre 2002 will die Regierung 18,369 Milliarden Yuan in das „Projekt 211“ investieren. Bis Ende August 2000 waren davon bereits 15,071 Milliarden Yuan oder 82% der geplanten Investitionssumme ausgegeben. Damit wur-